

DDR-Opfer: Weitere Aufarbeitung des SED-Unrechts notwendig

„Der Zugang zu den Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR wird auch zukünftig sichergestellt“, war die Kernaussage des Bundesbeauftragten Roland Jahn. Der scheidende Chef der Stasiunterlagenbehörde verabschiedete sich von SED- und Stasiopfern aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt auf einer Veranstaltung in Räumlichkeiten des Niedersächsischen Landtages.

Nach einem jahrelangen Diskussions- und Abstimmungsprozess kommen die Stasiunterlagen jetzt unter das Dach des Bundesarchivs. Dabei bleiben die Akten nach Aussage von Roland Jahn an ihren bisherigen Standorten in den östlichen Bundesländern. Der ehemalige Bürgerrechtler versicherte, dass es dabei eine Fülle von Vorteilen für die Opfer der SED-Diktatur gebe. Der Prozess der weiteren Aufarbeitung der SED-Diktatur könne durch die Vernetzung verschiedener Quellen neuen Schwung gewinnen.

Wegen der Coronapandemie stand die Abschiedsveranstaltung von Roland Jahn, unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen. Die Veranstaltung über die Zukunft der 108 Kilometer Stasiunterlagen musste mehrfach verschoben werden. Mit großen Sicherheitsvorkehrungen wie Nase-Mund-Masken und ausreichendem Abstand, trafen sich ca. 50 SED-Opfer aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt im Georg von Coelln-Haus in Hannover. Der historische Raum einer ehemaligen Eisenwarenhandlung diente während der Umbauarbeiten des Landtagsgebäudes als Ersatzplenarsaal.

Das Niedersächsische Netzwerk für SED- und Stasiopfer setzt sich mit seinem Sprecher, dem ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Hartmut Büttner seit vielen Jahren mit großer Nachhaltigkeit für eine Verbesserung der Lage der Opfer der DDR -Diktatur ein.

Das Niedersächsische Opfernnetzwerk begleitet zudem bereits seit vielen Jahren die Debatte mit eigenen Lösungsvorschlägen. „Der Zugang zum Stasi-Akten-Bestand für die Betroffenen muss auch weiterhin nach den Bedingungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gewährleistet sein“, betonte Hartmut Büttner.

Gekommen waren zahlreiche prominente Ehrengäste aus den Reihen des Niedersächsischen Landtages. Eingeladen waren der FDP-Landesvorsitzende Dr. Stefan Birkner, der neue CDU-Generalsekretär Sebastian Lechner, Frau Dr. Silke Lesemann, als ehemalige Vorsitzende der Enquete-Kommission zu Aufarbeitung der Stasi-Machenschaften und Helge Limburg der Stv. Fraktionsvorsitzende der Grünen.

In zwei zuvor gefassten Beschlüssen betonen die SED-Opfer, dass die meisten Betroffenen hochbetagt sind und keine Zeit mehr hätten, um auf gut ausdiskutierte Lösungen zu warten. Dass gelte für einen notwendigen Fonds für Entschädigungs- bzw.

Wiedergutmachungsleistungen zugunsten der ehemaligen Zwangsarbeiter aus den Zuchthäusern der früheren DDR. Bisher waren nur die Firma IKEA und die Deutsche Bahn AG bereit, sich an diesem Fond zu beteiligen.

Kritik gab es auch am niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius. Er schmücke sich damit, dass Niedersachsen, das einzige westdeutsche Bundesland mit einer eigenen SED-Opferberatungsstelle sei. Die entsprechende Bezeichnung findet man allerdings nicht im Organigramm des Ministeriums. Auch im Internet sollte man die Beratungsstelle finden.